

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 06.03.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0028

Projekt "Shared Space" für Wiesbaden prüfen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.02.2007 -

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Vorbemerkung

Während der letzten Jahrzehnte wurde die Raumplanungspolitik weitgehend vom Verkehr und damit verbundenen Bestrebungen wie Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit geprägt. Oft geschah dies auf Kosten der Qualität unserer Umgebung und unseres Lebensraums. Der Platz der Deutschen Einheit oder auch der Platz der Republik in Frankfurt sind Ergebnisse dieser Grundhaltung. Doch langsam findet ein Umdenken statt. Nun soll die Gestaltung des öffentlichen Raums nicht mehr nur den verkehrlichen Erfordernissen genügen. Die Kombination und Integration der vielen verschiedenen Funktionen des öffentlichen Raums, wie z. B. Bummeln, Erholen, Spielen und Treffen soll im Mittelpunkt stehen. Die Qualität unseres Lebensraums soll dadurch verbessert werden, ohne jedoch den motorisierten Verkehr daraus zu verbannen.

Dies verfolgt das aus den Niederlanden stammende Konzept ‚Shared Space‘. Es vereint multimodale verkehrliche Anforderungen mit solchen nach Aufenthaltsqualität. Hierbei soll anstelle der vielfach eindimensionalen Ausrichtung des öffentlichen (Straßen-)Raumes auf die Verkehrsfunktion mit ‚Shared Space‘ die Kombination und Integration der verschiedenen Raumfunktionen entwickelt werden. Die Kombination der unterschiedlichen Bedürfnisse zeigt positive Wirkung hinsichtlich Verkehrssicherheit und -fluss sowie der Belebung öffentlicher Räume mit entsprechenden Effekten auf die Stärkung des lokalen Einzelhandels.

Eingedenk dieser Vorbemerkung wird der Magistrat gebeten, mit Vertretern des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main Gespräche zu führen, um die notwendigen Voraussetzungen zu eruieren, wie Wiesbaden an dem Projekt ‚Shared Space‘ teilhaben kann,

die Inhalte des Projektes ‚Shared Space‘ und dessen Einführung in Wiesbaden zu prüfen und bei positiver Entscheidung ein Konzept zu erarbeiten, welches auch detailliert darstellt, in welchen Gebieten der Landeshauptstadt Wiesbaden dieses Projekt eingeführt werden könnte,

eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Ausschusses mit der zuständigen Fachverwaltung durchzuführen,

eine öffentliche Veranstaltung auszurichten, um auch den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern das Projekt nah zu bringen.

Beschluss Nr. 0030

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2007

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2007

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister